

II- 2573 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 22. Mai 1973.
Stubenring 1
Telephon 57 56 55

Zl. 50.004/17-4/o/1-73

1214 / A.B.
ZU 1253 / J.
Präs. am 24. Mai 1973

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten REGENSBURGER
und Genossen an die Frau Bundesminister
für Gesundheit und Umweltschutz betreffend
Verabreichung von Fluortabletten in Kinder-
gärten und Schulen (Nr. 1253/J-NR/1973)

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich
folgende Fragen gerichtet:

" 1. Wie lautet der Standpunkt des Gesundheits-
ministeriums in der Frage der Verabreichung von Fluor-
tabletten in Kindergärten und Schulen ?

2. Sind in Österreich durch diese Aktion irgend-
welche Gesundheitsschäden aufgetreten und bekannt
geworden ?

3. Ist daran gedacht, die Aktion so wie sie
jetzt läuft auch weiterhin fortzusetzen ?"

In Beantwortung dieser Anfragen teile ich mit:

Zu 1.:

Die Fluortablettenaktion wurde in Österreich nach
eingehendem Studium aller verfügbaren Unterlagen, nach
Befassung anerkannter Experten auf diesem Gebiet sowie
nach Befassung eines höchstqualifizierten wissenschaftlichen
Beratergremiums, des Obersten Sanitätsrates, eingeführt.
Der Oberste Sanitätsrat wurde auch nach Anlaufen dieser
Aktion zur Frage der Fortführung der Maßnahmen gehört.
Zuletzt hat sich der Oberste Sanitätsrat im November 1972
mit der in Rede stehenden Frage befaßt. Der Oberste
Sanitätsrat hat in allen seinen Stellungnahmen den

-2-

Standpunkt vertreten, daß die Anwendung von Fluoriden in Tablettenform für die Zahnkariesbekämpfung eine wirksame und in der empfohlenen Dosierung gesundheitlich unbedenkliche Methode darstellt.

Die in einigen Tageszeitungen vorgebrachten Bedenken gegen die weitere Durchführung der Fluortablettenaktion sind schon von fachlich-wissenschaftlicher Seite in keiner Weise gerechtfertigt. Hierüber hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz die Öffentlichkeit in zwei ausführlichen Presseaussendungen, zuletzt am 13. April 1973, informiert.

Zu 2.:

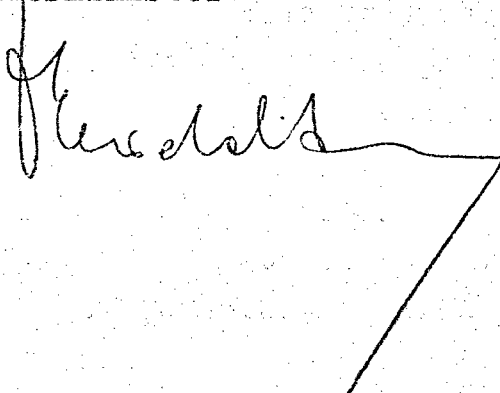
Nein.

Zu 3.:

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz betrachtet es als eine seiner wichtigsten Aufgaben, der österreichischen Bevölkerung alle Möglichkeiten einer modernen Gesundheitsverhütung anzubieten. Auf dem Gebiete der Zahnkariesbekämpfung gehört die Einnahme von Fluortabletten zu den Methoden, die sicher und wirksam der Verhütung einer Erkrankung zu dienen in der Lage sind.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz wird daher die Fluortablettenaktion wie bisher auf freiwilliger Basis in Kindergärten und Schulen fortsetzen.

Der Bundesminister:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kerschbaumer', is written over a large, empty triangular shape that has been drawn on the page.